

## **Antragsteller**

AG Migration und Vielfalt Breisgau

## **Empfänger**

AG Migration und Vielfalt Baden Württemberg

SPD-Kreisparteitag Emmendingen

SPD-Kreismitgliederversammlung Freiburg

SPD-Kreisparteitag Breisgau-Hochschwarzwald

zur Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag Baden-Württemberg sowie an den SPD-Bundesparteitag

## **Forderung:**

### **Abschaffung der Wohnsitzauflage für Geflüchtete – das Grundrecht auf Freizügigkeit ist nicht verhandelbar!**

Die SPD bekennt sich zur Würde des Menschen. Sie ist die Partei, die nicht nur für eine starke Demokratie, sondern auch für eine offene, solidarische, freie und gerechte Gesellschaft eintritt. Unser Gerechtigkeitsversprechen gilt für alle, unabhängig von Herkunft und Status. In diesem Sinne haben auch Geflüchtete ein Recht auf Freizügigkeit.

Die SPD (AG M&V BaWü, KPT EM, KMV FR, KPT BRH) möge daher beschließen:

Die Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge muss abgeschafft werden. Sie widerspricht dem Freiheitsgrundsatz der SPD. Wir wollen keine autoritäre Integrationspädagogik, sondern tatsächliche Verbesserung der Lebenssituation der Betroffenen. Deshalb sollen auch anerkannte Flüchtlinge genauso wie jede\*r Bürger\*in in unserem Land, ihren Wohnort frei wählen dürfen.

## **Begründung**

Im Rahmen des Integrationsgesetzes vom 6. August 2016 wurde im Aufenthaltsgesetz der § 12a zur sogenannten Wohnsitzauflage eingeführt, welcher die freie Wohnortwahl von anerkannten Geflüchteten einschränkt. Zu uns Geflüchtete erhalten demnach nach der Anerkennung eine dreijährige Wohnsitzverpflichtung.

Auch wenn die Idee dahinter, damit der Bildung von Parallelgesellschaften entgegenwirken zu wollen, sowie die Begründung, die gleichmäßige Verteilung der Geflüchteten führe zur besseren Integration, vernünftig zu sein scheint, so ist der Wohnort-Zwang doch nicht die richtige Lösung. Denn eine Wohnsitzauflage führt zur Frustration und beeinträchtigt somit das Integrationsklima.

Die integrationspolitische Wirkung wird auch von verschiedenen Menschenrechtsorganisationen, Wohlfahrtsverbänden und dem Deutschen Gewerkschaftsbund bezweifelt.

Der positive Effekt einer Wohnsitzauflage kann außerdem durch keine sozialwissenschaftliche Studie vollkommen bestätigt werden. Das Gegenteil ist eher der Fall. So kann die Jobsuche durch die eingeschränkte Wohnortwahl deutlich schwerer fallen. Die Wohnsitzauflage ist zudem ein starker Angriff in die Freiheit der Betroffenen, die sich dadurch diskriminiert fühlen.

Integration ist einfacher, wenn Menschen dorthin ziehen können, wo sie auf bereits vorhandene Netzwerke zurückgreifen können. Das kann nicht nur den Zugang zum Arbeitsmarkt, sondern auch zur gesellschaftlichen Teilhabe erleichtern.

Integration ist ein multidimensionaler Prozess. Das eigentliche Problem ist nicht die freie Wohnortwahl, sondern die Wohnungsnot. Für eine gelungene Integration und ein friedliches Zusammenleben brauchen wir keinen Wohnort-Zwang. Es müssen vielmehr die integrationspolitischen Fördermaßnahmen vor Ort nachhaltig verbessert werden. Die Gemeinden müssen zur Schaffung von angemessenem Wohnraum verpflichtet und direkt durch den Bund finanziell unterstützt werden. Diese müssen die Arbeitsmarkt-, Bildung-, Sozial- und Wohnraumsituation berücksichtigen. Davon profitieren dann alle Personenkreise, die entsprechenden Bedarf haben. Nur so kann eine bessere soziale und gesellschaftliche Teilhabe von Geflüchteten gewährleistet werden.